

Notizen

Die Dringlichkeit der *Weitergabe des Glaubens an die nächste Generation* als Aufgabe aller Menschen in der Kirche und nicht nur der bischöflichen und anderen Amtsträger betonte der Bischof von Linz, *Maximilian Aichern*, in seinem diesjährigen Fastenhirtenbrief. Jeder Christ sei in seinem Lebensbereich Zeuge seines Glaubens. Man beurteile den Glauben nach ihm und seinem Verhalten. Als „Missionsländer“ bezeichnete Aichern die Familie, die Verwandtschaft, die Nachbarschaft, die Arbeitswelt und die Freizeit. Dabei sei nüchtern davon auszugehen, daß Ehen und Familien religiös nicht homogen sind. Wichtig seien und Großes geleistet für die Weitergabe und die persönliche Vertiefung des Glaubens hätten katholische Gruppen und Organisationen, besonders auch die Katholische Aktion.

Einen *Wertewandel* und geistesgeschichtlichen Umbruch, der die Auswirkungen von Reformation und Aufklärung übertreffe, konstatierte *Otto B. Roegele* anlässlich der Überreichung des ihm als ersten Nichtösterreicher verliehenen Leopold-Kunschak-Preises in Wien. Die meisten jungen Menschen suchten nicht mehr den Glauben an Gott, ihre Haltung sei nicht empörte Ablehnung, sie respektierten den Gottesglauben, aber nur noch als „ein Dokument aus einer fernen Epoche“. Parallel dazu gebe es aber zugleich eine „neue Sensibilität für alte Werte“: Als Beispiele nannte Roegele, eine angesichts der Konfrontation mit Hunger und Katastrophen in der Dritten Welt langsam entstehende Weltsolidarität, einen wiedergewonnenen Respekt vor Natur und Schöpfung, die „Rückkehr der Väter in die Familie“, Zweifel an Geld und Erfolg und ein neues Heimatgefühl.

Die internationale katholische Friedensbewegung „Pax Christi“ hat an die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich appelliert, auf die jüngsten Abrüstungsvorschläge des sowjetischen KPdSU-Generalsekretärs *Michail Gorbatschow* ihrerseits mit einem Moratorium aller Atomtests zu antworten. Die nationalen „Pax Christi“-Organisationen in den USA, in Großbritannien und Frankreich wurden aufgefordert, sich in ihren Ländern für diesen Schritt einzusetzen. An die NATO richtete „Pax Christi“ die Aufforderung, sich für die Abschaffung der „SS-20“, der „Cruise missiles“ und der „Pershing“-Raketen einzusetzen. Die USA sollten mit der Sowjetunion ein entsprechendes Abkommen abschließen. An die Länder des Warschauer Paktes appelliert „Pax Christi“, jede weitere Stationierung von Kernwaffen in der DDR und der ČSSR einzustellen und sich bereit zu erklären, alle Raketen zurückzuziehen, die

in einem in Genf zu vereinbarenden Vertrag enthalten sein werden.

Katholische und evangelische Christen aus Frankreich haben sich in einer *Erklärung zu Fragen von Frieden und Abrüstung* geäußert (Zusammenfassung in: *La Croix*, 6. 3. 86). Der Text mit dem Titel „Der Frieden anders: Sich verteidigen ohne sich selbst aufzugeben“ nimmt gegenüber der französischen Abschreckungsdoktrin eine insgesamt kritischere Position ein als beispielsweise die Erklärung der französischen Bischöfe „Den Frieden gewinnen“ (vgl. HK, Dezember 1983, 542–543). Wenn die Vernichtung der Städte mit nuklearen Waffen unmoralisch sei, wird in der Erklärung gefragt, wie sei dann die Androhung ihres Einsatzes moralisch zu beurteilen? In dem Zusammenhang werden zwei Fragen der US-amerikanischen Bischöfe wiedergegeben: Hat eine Nation das Recht, mit dem Einsatz von etwas zu drohen, das sie nie benutzen darf? Hat sie das Recht, Waffen zu besitzen, für deren Benutzung es keinen Rechtfertigungsgrund gibt? Beide Fragen werden in der Erklärung verneint. Fünf französische Bischöfe haben unterdessen erklärt, daß sie mit der pastoralen Stoßrichtung dieses Textes einverstanden seien.

Religion wird nach Meinung des Bischofs von Pécs, *József Cserháti*, der zugleich Sekretär der Ungarischen Bischofskonferenz ist, in *Ungarn* wieder *positiver* eingeschätzt. Dies äußerte Cserháti in der marxistischen Zeitschrift „*Vilagság*“. Es gebe diesbezüglich einen Wandel nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch unter marxistischen Philosophen und selbst bei kommunistischen Politikern. Sogar auf Parteikongressen der KPU werde seit längerem positiv von der gesellschaftlichen Rolle der Kirchen und der Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit ihnen gesprochen. Cserháti plädierte in dem Beitrag nachdrücklich für einen neuen Dialog zwischen Christen und Marxisten, in dem gegenseitige Annäherung wirklich gesucht werde und der zur Auflösung weltanschaulicher Konfrontationen tendiere. An die gewünschten Dialogpartner appellierte er, noch mehr als bisher den Pluralismus anzuerkennen, pluralistische Lösungen zu suchen und Gesellschaft in gegenseitiger Toleranz aufzubauen.

Ende Februar fand im Orthodoxen Zentrum von Chambésy eine Tagung der *Interorthodoxen Vorbereitungskommission* für das seit langem geplante „Panorthodoxe Konzil“ statt. Bei der Tagung wurden Texte zu vier der zehn für dieses Konzil vorgesehenen Themen erarbeitet. Dabei geht es um die Fastenordnung, die Rolle der Orthodoxen Kirchen in der

Ökumenischen Bewegung, die Dialoge mit anderen christlichen Kirchen und den Beitrag der Ortskirchen für die Verwirklichung von Frieden, Liebe, Brüderlichkeit und den Abbau von Rassendiskriminierung. Das auf der Tagung ausgearbeitete Material wird der nächsten präkonziliaren Konferenz der Orthodoxen Kirchen vorliegen; sie findet Anfang November dieses Jahres in Chambésy statt.

In einem Interview mit der italienischen Monatszeitschrift „*Trenta Giorni*“ äußerte der peruanische Befreiungstheologe *Gustavo Gutiérrez* die Ansicht, die „Volkskirche“ in *Nicaragua* sei *keine Ausdrucksform der Theologie der Befreiung*. Diese habe zwar dazu beigetragen, den Christen Nicaraguas ihre Pflicht zum Engagement im Kampf für die Befreiung ihres Volkes deutlicher spürbar zu machen. Das, was jetzt in Nicaragua geschehe, sei aber kein Ergebnis der Befreiungstheologie. In dem Interview sagte Gutiérrez außerdem, er habe nie eine offizielle Mitteilung des Vatikans erhalten, in der seine theologischen Arbeiten kritisiert würden; er sei auch nie formell dazu aufgefordert worden, seine Ansichten mit Vatikanvertretern zu diskutieren.

Anfang Februar wurden in der Anglikanischen Kirche von *Australien* erstmals *Frauen zu Diakonen geweiht*. Die australischen Anglikaner gehören zu den Kirchen in der Anglikanischen Gemeinschaft, die die Frauenordination bisher noch nicht praktizieren. Der anglikanische Erzbischof von Australien, *David Penman*, teilte mit, die jetzt zu Diakonen geweihten Frauen würden nicht zu Priestern geweiht, bevor sich nicht eine Sondersitzung der Synode im Jahr 1987 nochmals mit der Frage der Frauenordination beschäftigt hätte. Die Generalsynode der Kirche von England hatte Ende 1984 den Grundsatzbeschluss gefaßt, das Verfahren zur Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Frauenordination einzuleiten (vgl. HK, Januar 1985, 12–13).

Wieder nachdrücklicher drängt die katholische Kirche *Südkoreas* auf die Wiederherstellung der Demokratie und auf eine entsprechende Verfassungsreform. In diesem Sinne äußerte sich jetzt auch der Erzbischof von Seoul, *Kardinal Stephan Kim*, bei einem Gottesdienst in der Kathedrale der südkoreanischen Hauptstadt Seoul. Er forderte zugleich die Bestimmung des Präsidenten durch Volkswahl. Im Gegensatz zu dieser Forderung will der durch einen Militärputsch an die Macht gekommene Präsident *Chun Doo Hwan* zwar 1988 zurücktreten, seinen Nachfolger aber selbst bestimmen bzw. diesen durch ein von ihm konzipiertes Wahlmännerngremium bestätigen lassen.